Worten wie in Polen sein Kollege Kania.

Um den polnischen Konsequenzen zuvorzukommen, pries Breschnew den Arbeiter-Anteil unter den 17 Millionen Mitgliedern der KPdSU: 43,4 Prozent. Die Funktionäre haben da gerade noch mit 43,8 Prozent das Übergewicht.

Breschnew stellte nun die Rolle der *Gewerkschaften* bei der „Weiterentwicklung unserer Demokratie" heraus, rügte auch mangelnde Initiative bei der Wahrnehmung ihrer umfangreichen Rechte: „Sie reagieren noch zu wenig auf Verletzungen der Arbeitsgesetze, auf Bürokratisierung und Schlendrian."

Nebenher verwies er darauf, daß in der Sowjet-Union auch Bauern der Gewerkschaft angehören; der Vorsitzende aller Berufsverbände, Schibajew, gab bekannt, eben seien zwölf Millionen beigetreten — ein Argument für Polens „Land-Solidarität".

Mit dem Kapitalismus, dessen „allgemeine Krise sich weiter verschärft" (Breschnew), möchte Tichonow „stabile, gegenseitig vorteilhafte" Handelsbeziehungen haben, obschon sein Generalsekretär eingedenk polnischer Überengagements davor warnte, „viel Geld für den Kauf solcher technischen Mittel im Ausland auszugeben, die wir durchaus selbst produzieren können".

Doch auch Breschnew sucht Entlastung an der Außenfront. Er will der Entspannung „neuen Atem geben", mit den USA einen „aktiven Dialog auf allen Ebenen" führen und nennt das kostenträchtige Wettrüsten „gefährlichen Wahnsinn". Militärisch herrsche Parität zwischen den Blöcken: Die UdSSR habe zwar mehr Panzer (eine Offensivwaffe) als der Westen, die Nato dafür mehr (defensive) Panzerabwehrwaffen — die Sowjet-Union strebe ganz bestimmt nicht nach Überlegenheit.

Sie muß ihren Machtbereich um jeden Preis konsolidieren. Doch dazu trug Breschnew, 74, keine einzige neue Idee vor. Nach 17 Jahren Amtszeit wünscht er, daß sich in der Welt trotz Reagan und daheim trotz Walesa nichts ändern möge. Denn jeder Wandel birgt Risiken, die das Sowjetreich, ähnlich angefochten wie Polen, nicht ertragen kann.

Wie einer, der im reißenden Fluß die Pferde nicht wechseln kann, ließ Breschnew auch in der Führungsspitze der Sowjet-Union, dem Politbüro (Durchschnittsalter: 69 Jahre), keine Änderung zu — keinen Zugang, keinen Rücktritt, nicht einmal Ruhestand für die Politbürokraten Pelsche, 82, oder Suslow, 78. Neue Gesichter nur im ZK: die Breschnew-Berater Alexandrow, Arbatow, Inosemzew, Sagladin etwa, vernünftige Leute, drei KGB-Generale und als Kandidaten auch Breschnews Sohn und Schwiegersohn.

Daß spätestens mit dem nächsten Parteitag in fünf Jahren eine neue Generation die Geschäfte übernimmt, muß der alte Herr mindestens ahnen: „Der Strom der Zeit", verkündete er gedankenschwer, „fließt schnell."

Vor allem in Polen. Gleich nach Ende des Parteitags lud die Kreml-Führung Polens Kania und Generals-Premier Jaruzelski vor, protokollierte „Anarchie und Unordnung" im eben zur Ruhe gekommenen Bruderland und Gefahr für das Kräftegleichgewicht in der Welt.

Breschnew verlangte, in Polen „den Lauf der Ereignisse umzudrehen". Das sei auch eine Angelegenheit „der ganzen sozialistischen Koalition".

SPANIEN

Nachwehen des Schocks

Der Putsch ist fehlgeschlagen, seine Schatten aber verdüstern das politische Leben in Spanien. Politiker und Parteien stecken zurück, weil sie ein erneutes Eingreifen der Militärs befürchten.

Die Wohnung des Kapitäns zur See Camilo Menéndez Vives in der Madrider Calle General Moscardó glich einem Blumenladen: Auf Tischen, Fensterbänken und Kommoden prangten mehr als 50 bunte Sträuße — Angebinde von Besuchern, die der Dame des Hauses auf diese Art ihre Verehrung für den abwesenden Ehemann ausdrücken wollten.

Der sitzt momentan in Arrest. Denn Kapitän Menéndez ist einer jener rund 260 Militärs, gegen die wegen Beteiligung an dem fehlgeschlagenen Putsch vom 23. Februar ermittelt wird. Und er ist keineswegs der einzige, dem Bewunderung entgegenschlägt.

Im Gegenteil: „Die spanischen Gefängnisse", so tönt der Führer und einzige Parlamentsvertreter der rechtsradikalen „Fuerza Nueva", „haben sich in Tempel der Ehre verwandelt."

Dem Anführer des Handstreichs, Antonio Tejero, Oberstleutnant der Guardia Civil, bescheinigen Mauerinschriften in allen größeren spanischen Städten, „Tejero valiente", Tejero ist mutig. Unbeanstandet flatterte an einer Fußgängerbrücke über die Castellana im Herzen Madrids eine Banderole mit dem Spruch „Ehre geht vor Disziplin — es lebe die Guardia Civil".

Einen anderen Putschisten, den General Alfonso Armada Comyn, nannte der Chef der offiziellen spanischen Nachrichtenagentur Efe noch einen „großen Militär und ehrenhaften Mann", als dessen Beteiligung an der Erhebung schon weitgehend außer Zweifel stand.

„Wenn das Vaterland uns zu den Waffen ruft", gelobte in Valladolid die faschistische „Falange Española y de las Jons", die einst Franco mit an die Macht gehievt hatte, „sind wir bereit."

So entgegenkommend wurden die verhinderten Putschisten, die in Militärbasen, Kasernen und dem Ausbildungslager der Guardia Civil einsaßen, zunächst behandelt, daß ein Mitglied der — sozialistischen — Madrider Stadtverwaltung sich empörte, dies sei „eine Beleidigung für jeden Demokraten".

Ungeniert prahlten in den Kneipen rund um das Camp der Guardia Civil

König Juan Carlos I. beim Fahneneid in Zaragoza: „Klima des Unbehagens"

junge Männer mit militärisch kurzem Haarschnitt, wie sie mit ihren Maschinenpistolen die Politiker im Madrider Parlament in Schach gehalten hätten — die gefangenen Putschisten hatten, zumindest in den ersten Tagen, freien Ausgang und konnten empfangen, wen sie wollten.

Den höheren Chargen des Putsches, so etwa dem Generalkapitän von Valencia, Jaime Milans del Bosch, der in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar über seine Region den Ausnahmezustand verhängt hatte, wurden auf Wunsch gar persönliche Habseligkeiten und zudem besonders gutes Essen in die Zelle gebracht.

Der Putsch gegen die Demokratie ein Kavaliersdelikt? Das fragten sich angstvoll Spaniens Demokraten im Verlauf der vergangenen Woche. Und der König selbst, der doch durch sein entschlossenes Eingreifen erst verhindert hatte, daß aus dem Handstreich ein Staatsstreich wurde, schien eine solche Interpretation nahezulegen.

Es sei „unklug, die Analyse, die Kritik oder die moralische Verurteilung auf ganze Gemeinschaften auszudehnen, nur weil diesen Kollektiven jene Unbedachten angehören, die irrtümlicherweise glauben, daß ihre übertriebenen Impulse sie zu Rettern des Vaterlandes machten", warnte der Monarch, als er wenige Tage nach dem Putschversuch in der Militärakademie von Zaragoza gemeinsam mit den Kameraden seines Kadettenjahrgangs den nach 25 Jahren zu erneuernden Eid auf die spanische Fahne ablegte.

Auch sei es ganz und gar „unangebracht, durch politisches Verhalten oder Pressekampagnen die Voraussetzung für ein Klima des Unbehagens, des Widerwillens oder der Besorgnis in den Streit- und Sicherheitskräften zu schaffen".

Auf ein Kavaliersdelikt schien auch hinzudeuten, was sich im Verlauf der vergangenen Tage als mutmaßlicher Putschplan herauskristallisierte — oder, genauer gesagt, als *zwei* Putschpläne:

Der eine Plan konzentrierte sich auf den General Armada, den langjährigen Berater des Königs, und hatte als Ziel eine gewaltlose Übernahme der Regierungsmacht nach türkischem Muster: Die Militärs wollten sich bereit erklären, die Macht in dem Augenblick wieder abzugeben, da „Terror und Gewalt" im Lande eingedämmt worden seien. Die Tatsache, daß beim Putsch türkischer Militärs im vergangenen September sowohl die Nato als auch die EG stillgehalten hatte, mochte Spaniens Militärs zu der Annahme verleitet haben, daß man ihnen ähnlich wohlwollend begegnen würde.

Der zweite Plan schloß, anders als der erste, auch Gewalt ein — notfalls nach chilenischem Muster.

Daß der zeitliche Ablauf beider Pläne durcheinandergeriet, lag daran, so mutmaßen Putsch-Analytiker inzwischen, daß Geheimdienstleute den früheren Premierminister Adolfo Suárez warnten, der daraufhin Ende Januar zurücktrat.

Mag sein, daß der Rücktritt von Suárez die Krise beschleunigt hat — sicher ist, daß am 1. Februar die rechtsgerichtete spanische Tageszeitung „El Alcázar" einen offenbar von den Putschisten inspirierten Artikel veröffentlichte, in dem es hieß: „Wir befinden uns in einer kritischen Phase — der Countdown hat begonnen."

Am 17. Februar publizierte eine spanische Monatszeitschrift, die normalerweise an Reiseagenturen verteilt wird, den geheimnisvollen Hinweis: „Es trifft nicht zu, daß ich für den Nachmittag des 23. Februar einen Militärputsch plane." Mehrere der Putschbeteiligten trugen diesen Artikel bei sich, als sie festgenommen wurden. Am 22. Februar schließlich prangte auf der Titelseite von „El Alcázar" ein Photo des leeren spanischen Parlaments mit der bedeutungsschweren Titelzeile: „Alles ist für morgen vorbereitet."

Wieweit die Leute, die den Putsch planten, der hinter diesen Schlagzeilen steckte, mit jenen zu tun hatten, die am 23. Februar tatsächlich putschten, ist bis heute noch nicht klar. Allenfalls weiß man inzwischen, daß beide Putsche einander offenbar überlagert haben. Auch weiß man, daß der Putschistenoberst Tejero in der Nacht der Parlamentsbesetzung nur mit einem einzigen höheren Offizier zu reden verlangte — mit General Armada, dem vermeintlichen Mann des Königs.

Armada wurde kurz nach Mitternacht ohne Schwierigkeiten von den Besetzern in das Parlamentsgebäude gelassen. Sein geflüstertes Codewort: „Duque de Ahumada" — der Name des Begründers der spanischen Guardia Civil, der die Putschisten um den Oberstleutnant Tejero angehörten.

Zwei Pläne und ein fehlgeschlagener Putsch — unter normalen Umständen und in jeder normalen parlamentarischen Demokratie Westeuropas würde das ausreichen, um künftige Putschgefahr bis auf weiteres zu bannen. Nicht so in Spanien.

Dort scheint sich vielmehr, so ein bestürzter sozialistischer Gewerkschaftsfunktionär, „eine Art Militärdemokratie" zu installieren — trotz der eindrucksvollen Demonstration demokratischer Gesinnung, die am Freitag vorletzter Woche Millionen Spanier linker

Kundgebung für die Demokratie in Madrid*: „Wir befinden uns in einer kritischen Phase – der Countdown hat begonnen"

* In der vordersten Reihe: KP-Führer Santiago Carrillo (2. v. l.) neben Sozialistenchef Felipe González (3. v. l.), Verteidigungsminister Rodriguez Sahagún (5. v. l.).

Premier Calvo Sotelo, Vorgänger Suárez
„Deutliche Schwächezeichen"

und rechter Parteizugehörigkeit auf die Straßen ihrer Städte trieb.

Zu den politisch gefährlichen Folgen des Putsches gehört, daß sowohl die kommunistischen Arbeiterkommissionen als auch die sozialistische Gewerkschaft UGT fast alle Streiks zur Durchsetzung von Tarifforderungen nach dem Putsch eilig absagten — aus Angst, die Militärs zu provozieren.

Der gleiche Grund bewog die Parlamentarier, kritiklos eine Regierungsbildung des Zentrumspremiers Calvo Sotelo hinzunehmen, die sonst lauten Protest hervorgerufen hätte.

Angst vor den Militärs auch ließ den KP-Führer Santiago Carrillo eine Abkehr von allzu offensiver Autonomie-Politik verlangen. Die „Vielzahl regionaler Flaggen", so Carrillo vor wenigen Tagen eingedenk der ständigen Appelle spanischer Militärs, die „Einheit der Nation" zu wahren, sei möglicherweise in der letzten Zeit „bis zum Exzeß" gediehen, die Marschrichtung der Kommunisten müsse ein „Ja zur Autonomie, aber ein Nein zur Zerstückelung Spaniens" bedeuten.

„Alle Kommunisten müssen dazu beitragen", gab gar das Zentralkomitee der katalanischen Kommunisten als Losung aus, „die Trennung zwischen den Streitkräften und der Zivilgesellschaft zu überwinden."

Auch Sozialist Luis Solana, Mitglied im Verteidigungsausschuß des Parlaments, besann sich auf die Werte der Militärs und schlug einen „Nationalen Pakt mit den Streitkräften" vor.

Dabei haben ohnehin in der spanischen Gesellschaft die Militärs mehr Machtbefugnisse als in anderen parlamentarischen Demokratien Westeuropas:

Allen Reformversuchen zum Trotz nämlich haben sich bislang die aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen Streitkräfte niemals der zivilen Macht unterstellt, sondern unterhalten Parallelverwaltungen, die der Zivilverwaltung im Notfall übergeordnet sind.

Noch immer ist das Land in elf militärische „Capitanías Generales" unterteilt, stehen die Befehlshaber der Militärregionen sowohl protokollarisch als auch juristisch über den Vertretern der Zivilverwaltung. Nur der Präsident der katalanischen Regionalregierung, Jordi Pujol, hat in zähen und langfristigen Verhandlungen erreicht, daß er heute über dem von Madrid eingesetzten Generalkapitän von Katalonien steht.

In jeder spanischen Provinzhauptstadt sitzt bis auf den heutigen Tag eine eigenständige Militärregierung, der wiederum zahlreiche Militärkommandanturen unterstehen. Sogar das unterste Glied dieser Kette, der Kommandant des Guardia-Civil-Postens in den Dörfern und Kleinstädten, gehorcht zuvörderst seiner zuständigen Militärregierung, erst dann dem in freien Wahlen gewählten Bürgermeister seines Ortes.

Schon während der kurzlebigen Zweiten Republik Spaniens versuchten die Politiker, dies festgeknüpfte Netz militärischer Verwaltung aufzulösen: Der sozialistische Präsident Manuel Azaña mühte sich vergebens, die Militärregionen zu liquidieren — der Bürgerkriegssieger Franco führte sie gleich nach seinem Machtantritt wieder ein.

„Deutliche Schwächezeichen" sieht denn auch die Tageszeitung „Diario 16" heute in der Art und Weise, wie die zivile Regierung „die Nachwehen des dramatischen und entwürdigenden Schocks angeht, unter dem nach dem Militärputsch die ganze Nation leidet".

Tatsächlich ist fast unbegreiflich — wenn man nicht den massiven Druck der militärischen und auch zivilen Rechten in diesem Land in Rechnung stellt —, wie zögerlich die inzwischen neu konstituierte Regierung gegen all jene vorgeht, welche die verhinderten Putschisten öffentlich loben.

Das rechte Kampfblatt „El Alcázar" — so benannt nach jener Festung in Toledo, in der sich die Rechten während des Bürgerkriegs monatelang mit großen Teilen der Zivilbevölkerung gegen die anstürmenden Republikaner verbarrikadierten — kann täglich Breitseiten gegen die Demokratie abfeuern, ohne daß irgend jemand es ihm verwehrt.

Gewehrt hat sich bislang nur „El Alcázar" selbst: Die Redaktionsleitung stellte Strafantrag gegen die liberale Madrider Tageszeitung „El País", weil die öffentlich die Verwicklung des rechten Blattes in den Putsch angeprangert hatte. ◆

Standortwahl – Infrastruktur – Investitionshilfe:

Coupon
Senden Sie mir kostenlos Ihre Unterlagen über Mittelhessen ○
Machen Sie einen Termin aus mit uns über einen Rundflug über Mittelhessen ○
Sprechen Sie uns in etwa einem halben Jahr noch einmal an ○

Einsenden an:
Name _____ Vorname _____
Firma _____
Straße _____
Ort _____

Mittelhessen – der ideale Standort, wenn gleichzeitig die Ballungsräume Rhein-Main und Ruhrgebiet oder das Ausland über das Luftkreuz Frankfurt bedient werden sollen. Alle Vorteile eines leistungsfähigen Infrastrukturnetzes mit hervorragender Verkehrsgunst ohne die Nachteile der Großstädte. Umfassende Beratung in allen Fragen der Betriebsneugründung und Um- oder Aussiedlung. 40–60 leerstehende gewerbliche Objekte verfügbar. Kontaktvermittlung zu allen Kommunen und Fachbehörden. Unterstützung bei Anträgen auf Investitionshilfen von Land und Bund.

Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
Moritz-Hensoldt-Straße 26, 6330 Wetzlar 1, Tel. (06441) 42011, Telex 483802 wfeg
Mittelhessen